

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Personal und Organisationsamt

Änderung der Dezernatsverteilung
a) Einvernehmen nach § 44 Absatz 1
Gemeindeordnung zur Änderung der
Dezernatsverteilung
b) Information über die vorgesehene
Änderung der Verwaltungsstruktur

Beschlussvorlage

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 09. Februar 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	24.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	08.02.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. *Der Gemeinderat erteilt gemäß § 44 Absatz 1 Gemeindeordnung sein Einvernehmen zu der in der Anlage 2 dargestellten neuen Dezernatsverteilung.*
2. *Der Gemeinderat nimmt von den vorgesehenen Änderungen der Verwaltungsstruktur Kenntnis.*

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Derzeitige Dezernatsverteilung
A 2	Künftig beabsichtigte Dezernatsverteilung
A 2.1	Künftig beabsichtigte Dezernatsverteilung – Stand: 24.01.2007
A 3	Organisation des Amts 81

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.01.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.01.2007:

- 8 **Änderung der Dezernatsverteilung**
a) **Einvernehmen nach § 44 Absatz 1 Gemeindeordnung zur Änderung der Dezernatsverteilung**
b) **Information über die vorgesehene Änderung der Verwaltungsstruktur**
Beschlussvorlage 0017/2007/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Brants, Stadtrat Gundel, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Weiss, Stadträtin Dr. Trabold, Stadtrat Schladitz, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Dr. Schuster, Stadtrat Lachenauer

Einvernehmlich werden Bezeichnungen der Dezernate wie folgt geändert:

Bei Dezernat III wird eingefügt: „**Soziales**“.

Bei Dezernat IV wird „Gleichstellung“ geändert in „**Chancengleichheit**“ und „Bürgerservice“ in „**Bürgerdienste**“.

In der Begründung zur Beschlussvorlage wird auf Seite 3.4 unter:
IV. Neuer Zuschnitt des Dezernats IV folgendes geändert:

Unter Ziffer 2, Absatz 2, 3. Satz
werden die Worte: „Unter anderem wird dafür eine Koordinationsstelle...“ geändert in:
„**Dafür wird eine** Koordinationsstelle...“ und nach „Fond soziale Projekte – Aktive Beschäftigungspolitik“ wird eingefügt : **(ESF)** = Europäischer Sozial Fonds

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit vorstehenden Änderungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. *Der Gemeinderat erteilt gemäß § 44 Absatz 1 Gemeindeordnung sein Einvernehmen zu der in der Anlage 2.1 dargestellten neuen Dezernatsverteilung.*
2. *Der Gemeinderat nimmt von den vorgesehenen Änderungen der Verwaltungsstruktur Kenntnis.*

gez.
Dr. Eckart Würzner

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderungen

Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 08.02.2007

- 10 **Änderung der Dezernatsverteilung**
a) Einvernehmen nach § 44 Absatz 1 Gemeindeordnung zur Änderung der Dezernatsverteilung
b) Information über die vorgesehene Änderung der Verwaltungsstruktur
Beschlussvorlage 0017/2007/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Gradel, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadträtin Dr. Schuster, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Schladitz, Stadträtin Dr. Trabold, Stadtrat Weiss, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Weber, Stadtrat Kilic, Stadtrat Pflüger, Stadtrat Cofie-Nunoo

Nach ausführlicher Diskussion stellt Oberbürgermeister Dr. Würzner die Beschlussempfehlung mit der in der Anlage 2.1 dargestellten neuen Dezernatsverteilung, wie sie sich aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss ergeben hat, zur Abstimmung.

Beschluss des Gemeinderates:

- 1. Der Gemeinderat erteilt gemäß § 44 Absatz 1 Gemeindeordnung sein Einvernehmen zu der in der Anlage 2.1 dargestellten neuen Dezernatsverteilung.*
- 2. Der Gemeinderat nimmt von den vorgesehenen Änderungen der Verwaltungsstruktur Kenntnis.*

gez.

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen
Nein 1

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Die organisatorischen Veränderungen der Dezernatsverteilung selbst, die Gegenstand der Vorlage sind, führen nur indirekt zur Zielerreichung im Sinne des Stadtentwicklungsplanes. Die darauf folgenden Maßnahmen betreffen jedoch zahlreiche Ziele des STEP, die in den jeweiligen Vorlagen konkretisiert werden.

Begründung:

Neben dem Dezernat des Oberbürgermeisters hat die Stadt Heidelberg derzeit 3 Dezernate mit den Geschäftskreisen Bauen und Sport (Dezernat II), Soziales, Schule und Kultur (Dezernat III) sowie Umwelt und Energie (Dezernat IV) (siehe Anlage 1). Durch die Wahl des Beigeordneten für das Dezernat Umwelt und Energie zum Oberbürgermeister ergibt sich für mich die Gelegenheit über eine Neuverteilung der Geschäftskreise orientiert an den Aufgabeninhalten, Verwaltungsabläufen und neuen Themenschwerpunkten nachzudenken.

Grundsätzlich ist unsere Verwaltung gut aufgestellt und die Beschäftigten leisten professionelle Arbeit. Ich möchte daher auch nicht alles Bewährte ändern. Dennoch gibt es Bereiche, in denen ich Veränderungen unbedingt für erforderlich halte um den zukünftigen Herausforderungen besser gerecht werden zu können. Dazu gehört eine Fortschreibung der Dezernatsverteilung. Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass die Abgrenzung der Geschäftskreise unter Berücksichtigung von sachlichen Zusammenhängen, organisatorischen Notwendigkeiten und mit dem Ziel einer möglichst gleichmäßigen Arbeitsbelastung von Bürgermeister und Beigeordneten vorgenommen wird. An diesen Grundsatz habe ich mich streng gehalten.

Für die Arbeit der nächsten Jahre sind mir drei Themenschwerpunkte besonders wichtig:

I. Schwerpunktthemen

1. Familie:

Für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Stadt brauchen wir junge Menschen, insbesondere junge Familien, die hier wohnen und arbeiten möchten. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, Familien wieder enger an Heidelberg zu binden. Bei unseren Bemühungen müssen daher neben bezahlbarem Wohnraum eine noch bessere Betreuung und Ausbildung der Kinder sowie die Förderung alternativer Betreuungsformen bis hin zu einem verstärkten Einsatz für die Einrichtung von Ganztagschulen im Vordergrund stehen. Daneben gilt es auch, Angebote für Senioren weiter auszubauen und den Dialog der Generationen z.B. mit Mehrgenerationenhäusern zu fördern.

Die Situation für Familien kann nur spürbar verbessert werden, wenn wir die gesamten in Heidelberg vorhandenen Kompetenzen nutzen, die Kräfte bündeln, gemeinsam agieren und eine Offensive für Familien starten. Bereits bei der Konkretisierung von Zielen sollen daher neben den städtischen Ämtern weitere Partner künftig verstärkt eingebunden werden (z.B. Universität, Kirchen, Freie Träger, Vereine, Wohnungsbaugesellschaften etc.). Für mich ist das Thema „Familie“ Chefsache, zumal eine ganze Reihe von Ämtern aus allen Dezernaten einbezogen werden muss. Der Schwerpunkt der Handlungsfelder wird im Dezernat III liegen. Daher werde ich gemeinsam mit meinem Kollegen Herrn Dr. Gerner Ziele weiter konkretisieren, Maßnahmenvorschläge erarbeiten und die Umsetzung konsequent verfolgen.

Vor diesem Hintergrund soll der Begriff „Familie“ künftig auch im Namen des Dezernats III verankert werden. Ich werde darauf achten, dass wir künftig unsere Aktivitäten über Dezernatsgrenzen hinweg besser vernetzen. Einer Änderung der Aufbauorganisation bedarf es bei diesem Themenfeld nicht. Ich möchte lediglich das „Amt für Soziale Angelegenheiten und Altenarbeit“ in „Amt für Soziales und Senioren“ umbenennen.

2. Verkehr:

Zur Lebensqualität einer Stadt gehört auch Mobilität. Ein qualifiziertes Verkehrsmanagement, das alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichermaßen integriert, verlangt einige grundlegende Veränderungen. Wichtig ist für mich insbesondere ein enges Zusammenwirken aller in verschiedenen Ämtern zugeordneten Einheiten bei der Stadt Heidelberg. Dazu gehören insbesondere die konzeptionelle Verkehrsplanung, das Verkehrsmanagement, die Verkehrstechnik und das Verkehrsrecht mit dem Gemeindevollzugsdienst (Verkehrsüberwachung). Ich möchte daher diese Bereiche zum neuen **Amt für Verkehrsmanagement** (Amt 81) zusammenfassen. Dazu sollen das Verkehrsmanagement und Teile der konzeptionellen Verkehrsplanung aus dem Stadtplanungsamt und der Bereich Verkehrstechnik aus dem Tiefbauamt herausgelöst und mit den Aufgaben des derzeitigen Verkehrsreferats sowie dem Gemeindevollzugsdienst im **Amt für Verkehrsmanagement** im Dezernat II gebündelt werden.

Von einer Zusammenfassung in einem Amt verspreche ich mir Synergien, kürzere Entscheidungswege, neue Sichtweisen und ein noch zielgerichteteres Handeln auch im Umgang mit externen Partnern. Dabei sollen die vier Säulen des Verkehrs (Fußgänger-, Radverkehr, ÖPNV und Motorisierter Individualverkehr) gleichermaßen berücksichtigt werden. Ein Schwerpunkt neben der Förderung und Verbesserung des ÖPNV wird auch sein z.B. über grüne Wellen und Kreisverkehre den Verkehrsfluss zu optimieren.

Mit der Integration des Gemeindevollzugsdienstes in dieses Amt ist gewährleistet, dass die vor Ort gewonnenen Erkenntnisse noch direkter in künftige Planungen einfließen und wir bedarfsge rechter und gezielter Kontrollschwerpunkte setzen können.

Der Anlage 3 ist die mögliche künftige Aufbauorganisation des Amtes für Verkehrsmanagement mit den wichtigsten Aufgaben zu entnehmen.

Für die Leitung dieses wichtigen Amtes erwarte ich eine ausgesprochen hohe fachliche Kompetenz, neue Impulse und Konzepte mit teilweise völlig neuen Ansätzen. Dies spricht für eine Besetzung mit einer entsprechend qualifizierten Kraft von außen.

3. Wirtschaft:

Die Stärkung der Wirtschaftskraft unserer Stadt wirkt sich positiv auf zahlreiche Gebiete aus und hat schon deshalb für mich eine sehr hohe Priorität. Die Unternehmen und Betriebe schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und tragen entscheidend zu einer ausreichenden Finanzkraft bei, die wir für alle infrastrukturellen, sozialen und kulturellen Aktivitäten dringend benötigen. Ich möchte daher Handel, Gewerbe und Gastronomie noch stärker als bisher fördern und damit eine zukunftsorientierte Entwicklung Heidelbergs vorantreiben.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik der Stadt halte ich daher neue Strukturen für notwendig und beabsichtige diese enger an die Stadt anzubinden. Die Heidelberger Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (HWE) möchte ich umgehend wieder innerhalb der Stadtverwaltung in meinem Dezernat integrieren und als **Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung** (Amt 80) bis spätestens Ende 2007 mit der Direktion für allgemeine Verwaltung, Wirtschaft und Beschäftigung (Referat 02) zusammenführen.

Die konkrete Aufbauorganisation des neuen Amtes ist orientiert an den wichtigsten Tätigkeitsfeldern noch zu entwickeln. Ein Bereich soll für die Firmen und Institutionen aus den Feldern Forschung und Entwicklung als One-Stop-Agency zur Verfügung stehen, den Kontakt zu Universitäten und Fachhochschulen pflegen und in enger Kooperation mit dem Technologiepark Heidelberg z.B. auch im Bereich Bio-Region tätig werden.

Eine Einheit wird Anlaufstelle für die mittelständischen Betriebe aus Handwerk und Industrie sein und in allen diese Bereiche betreffenden Belangen ebenfalls im Sinne der Bedienung aus einer Hand agieren. Dabei ist ein enges Zusammenwirken mit der bisherigen HKT (künftig ggf. Umbenennung in Heidelberg Marketing GmbH) erforderlich.

Die aus meiner Sicht unabdingbare Verbindung der Stadt zum Technologiepark Heidelberg und zur bisherigen HKT muss fest verankert werden. Dies könnte dadurch erfolgen, dass zwei leitende Beschäftigte des neuen Amtes für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung jeweils nebenamtlich die Stelle einer/eines 2. Geschäftsführerin/-führers oder zumindest stellvertretenden Geschäftsführerin/-führers bei der bisherigen HKT und dem Technologiepark übernehmen.

Von diesem Vorschlag verspreche ich mir einerseits eine intensivere Präsenz des Themenbereiches Wirtschaftsförderung innerhalb der Stadtverwaltung, die neue Potenziale erschließt. Andererseits ist durch die intensive Verzahnung mit dem Technologiepark und der HKT gewährleistet, dass die bisher bestehenden Kontakte und Vernetzungen im Sinne einer umfassenden Wirtschaftsförderung weiterhin genutzt und noch intensiviert werden können.

Wir wollen künftig besser unsere Chancen nutzen, wenn es um den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht. Unsere Kompetenzen in Sachen Beschäftigungsförderung möchte ich dort stärken. Der Bereich wird eng mit dem Amt für Chancengleichheit auf dem Feld der Integration von Langzeitarbeitslosen zusammenarbeiten.

II. Zusammenlegung von Ämtern

1) Ich halte weitere Veränderungen in unserer Dezernatsstruktur für sinnvoll um Synergien zu nutzen. Dazu gehört die Zusammenlegung des **Bürgeramts** mit dem **Amt für öffentliche Ordnung**. Wichtig ist mir dabei, dass sich bei Verschmelzung der beiden Ämter zu einer Einheit die Gelegenheit bietet, unter einem neuen Blickwinkel die dezentrale Bearbeitung weiterer Aufgaben aus dem Bereich des bisherigen Amtes für öffentliche Ordnung zu prüfen, unsere Bürgerämter in noch größerem Umfang für weitere Kundenkreise zu erschließen und somit noch besser die Bedienung aus einer Hand in räumlicher Nähe anzubieten. Bei der Zusammenlegung hat auch eine Rolle gespielt, dass sich bereits jetzt die Chance ergibt, eine Stelle des höheren Dienstes einzusparen und damit zu einer Reduzierung der Personalausgaben beizutragen und mittelfristig weitere Synergien zu erwarten sind.

2) Der Bereich Stadtentwicklung ist einerseits wichtiges Steuerungsinstrument für mich, andererseits besteht eine enge Verbindung zum Dezernat II als Grundlage für Überlegungen der strategischen Stadtplanung. Deshalb soll das **Amt für Stadtentwicklung und Statistik** dem Dezernat II zugeordnet werden. In naher Zukunft wird der jetzige Amtsleiter altersbedingt ausscheiden. Danach halte ich wegen des engen inhaltlichen Bezugs zur Stadtplanung und der zu erwartenden Synergien durch den Abbau von Schnittstellen eine Zusammenlegung mit dem **Stadtplanungsamt** für sinnvoll.

3) In den nächsten Jahren werde ich zudem bei allen frei werdenden Amtsleiterstellen jeweils prüfen, ob mittelfristig Synergien zu erwarten sind und durch Ämterzusammenlegungen zu einer Reduzierung der Personalausgaben beigetragen werden kann. Dies könnte z.B. auf längere Sicht dazu führen, das **Kassen- und Steueramt** im **Kämmereiamt** zu integrieren.

III. Weitere Veränderungen

1) Die Ausgestaltung und die Wahrnehmung der Aufgaben des Umweltschutzes sind mir äußerst wichtig. Sie haben Auswirkungen auf die Aufgabeninhalte verschiedener Ämter und sind zudem eng auch mit den Fragen der Wirtschaft verzahnt. Aus diesem Grund möchte ich das **Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie** mit seinen vielen Querschnittsfunktionen künftig in meinem Dezernat integrieren.

2) Die **Berufsfeuerwehr** sorgt zum einen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Brandfall und erfüllt zum anderen in gewissem Umfang Umweltaufgaben. Ich möchte sie daher künftig dem Dezernat des Oberbürgermeisters zuordnen.

3) Das bisherige **Sportamt** soll aus dem Dezernat II herausgelöst und ebenfalls beim Dezernat I angehängt werden. Dabei beabsichtige ich, den Bereich Gesundheitsförderung des Amtes für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie wegen des engen Zusammenhangs von Sport und Gesundheit und teilweise ähnlicher Aufgabenstellung im bisherigen Sportamt zu integrieren (Amt für Sport und Gesundheitsförderung, Amt 52).

IV. Neuer Zuschnitt des Dezernats IV

1. Kundenorientierung und Bürgerservice sind mir ausgesprochen wichtig. Unsere am stärksten von Besucherkontakten geprägten Bereiche, das **Bürgeramt**, das **Amt für öffentliche Ordnung** und das **Standesamt** leisten hervorragende Arbeit und haben ausgezeichnete Werte bei der Kundenbefragung Anfang 2006 erreicht. Dies zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind, den unsere Bürgerinnen und Bürger zu schätzen wissen. Diese positiven Entwicklungen gilt es weiter auszubauen.

Neben dem Dienstleistungsgedanken mit dem Ziel einer hohen Kundenzufriedenheit stellt in Zukunft im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Demographischen Wandels das Thema Migration und Integration ebenfalls ein wichtiges Handlungsfeld dar. Einen deutlich höheren Stellenwert werden auch die Aufgabenfelder Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz haben.

2. Zu dem Themenkreis Integration gehören auch Aufgaben, die das bisherige Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann wahrnimmt. Die dortigen Aktivitäten gehen über die reine Geschlechtergerechtigkeit hinaus. Daher möchte ich diese Einheit „**Amt für Chancengleichheit**“ (Amt 16) nennen.

Unter Chancengleichheit sind auch die Chancen und Möglichkeiten von arbeitslosen Menschen zu fassen. Eine neue Schwerpunktaufgabe des Amtes wird künftig die Integration von Langzeitarbeitslosen in enger Kooperation mit dem Jobcenter sein. Unter anderem wird dafür eine Koordinationsstelle im Amt für Chancengleichheit eingerichtet zur Bearbeitung des städtischen Programms „Fonds soziale Projekte – Aktive Beschäftigungspolitik“. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe ist auch eine maßgebliche Mitarbeit in der Trägerversammlung (Steuerungs- und Lenkungsorgan des Job-Centers) sinnvoll. Infolge des Aufgabenübergangs wechselt die Mitarbeiterin, die bisher beim Amt für Soziales und Senioren mit diesen Themen betraut war, zum Amt für Chancengleichheit.

Bereits im Jahre 2007 übernimmt das Amt die Geschäftsführung bei der Stadt Heidelberg für die anstehenden Projekte und die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern (Partnerstädte) im Europäischen Jahr der Chancengleichheit.

All diese Bereiche (Bürgeramt, Amt für öffentliche Ordnung, Amt für Chancengleichheit) müssen nicht zwingend meinem Dezernat zugeordnet werden. Wegen des engen Sachzusammenhangs der Aufgaben sollten sie jedoch in einem Dezernat gebündelt werden. Eine gemeinsame Zuordnung dieser Bereiche zum Dezernat IV ist zweckmäßig und sichert eine gleichmäßige und ausgewogene Arbeitsbelastung von Bürgermeister und Beigeordneten.

3. Das **Landschafts- und Forstamt** sowie das **Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung** bleiben mit ihren Regiebetrieben auch weiterhin dem Dezernat IV zugeordnet.

Die thematischen Schwerpunkte möchte ich auch in der Bezeichnung des Dezernats IV wiederfinden und es deshalb „**Dezernat für Integration, Gleichstellung und Bürgerservice**“ nennen.

Die künftig beabsichtigte Dezernatsverteilung sowie die angepassten Dezernats- und Ämterbezeichnungen sind der Anlage 2 zu entnehmen. Die weitere konkrete organisatorische und inhaltliche Ausgestaltung ist notwendig. Sie wird sukzessive erfolgen und ich werde Sie über alle wesentlichen Schritte informieren.

Außerdem halte ich es für erforderlich, die Anzahl und Zuständigkeiten der Ausschüsse den geänderten Verhältnissen anzupassen. Hierzu werde ich Ihnen zeitnah einen Vorschlag unterbreiten.

Ich gehe davon aus, dass wir in der geänderten Struktur die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam mit dem Gemeinderat aktiv angehen und bewältigen können.

Ich bitte um das Einverständnis zur Änderung der Geschäftskreise der Dezernenten und damit der neuen Dezernatsverteilung sowie um Kenntnisnahme der beabsichtigten innerorganisatorischen Umstrukturierungen in der Verwaltung.

gez.

Dr. Eckart Würzner